

Haushaltsrede der AfD-Fraktion 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,
Herr Oberbürgermeister Pütsch
die Herren Bürgermeister Pfirrmann und Knoth,
die Pressevertretung,
und die Mitglieder des Gemeinderats.

Zunächst bedankt sich die AfD-Fraktion für ein gelungenes Zahlenwerk. Den Haushalt könnte man kaum besser ausarbeiten.

Unserer Rede zum Haushalt 2023 und den Vorhersagen bis 2026 voranstellen möchten wir ein Zitat von Ludwig Erhard, der ausführte: **„Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen.“**

Ludwig Erhard war ein Segen für Deutschland und seine Bürger, auch wenn er dafür natürlich keinen Friedensnobelpreis bekommen hat.

- Nach Ansicht der AfD wird mit unbrauchbaren und teuren Klimaideologien ans Werk gegangen. Die verwendeten Modellrechnungen übertreiben die hypothetische Wirkung des CO₂ – gelinde gesagt – stark. Im Übrigen macht das vom Menschen verursachte CO₂ nur 0,0016% der Luft aus; und tatsächlich erhöhen andere Staaten ihren CO₂-Ausstoß um ein Mehrfaches unserer Einsparungen. Zu diesem Ergebnis kommen übrigens auch die NASA und der Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags vom 24.05.1990.
- Wir von der AfD sind für saubere Luft. CO₂ ist jedoch kein Umweltgift sondern Pflanzennahrung zur Produktion von lebensnotwendigem Sauerstoff.
- Wir waren in der Sicherheit der Kernenergie-Technik einmal weltweit führend und dieser Strom war – und ist bei den noch nicht zerstörten Anlagen – konkurrenzlos preiswert.

Unsere noch immer sichere Kernenergie aufzugeben war und ist nach Ansicht der AfD kontraproduktiv.

- Durch regulatorisch-bürokratische Schikanen, Klimaauflagen, Steuern ohne Gegenwert, Inflation und überhöhte Energiekosten mit zunehmend drohender Versorgungsunsicherheit deindustrialisieren wir Deutschland, Arbeitsplätze werden abgebaut und ins Ausland verlagert. Wir schaden damit nur unserer Wirtschaft und den Bürgern.
- Wir von der AfD wollen grundsätzlich eine klar interessengeleitete Politik für Deutschland und seine Bürger.

Winston Churchill war im Gegensatz zu Ludwig Erhard m.E. ein Verbrecher, doch auch er hat etwas richtig erkannt; ich zitiere:

„Das inhärente – also das innenwohnende – Übel des Kapitalismus ist die ungleichmäßige Verteilung der Segnungen; die inhärente Tugend des Sozialismus ist die gleichmäßige Verteilung des Elends.“

- Gleichwohl wird derzeit nach Ansicht der AfD bei uns vor allem Planwirtschaft im Sinne des Sozialismus betrieben.
- Wir leiden unter einem Steuern- und Abgabenbolschewismus, der angeblich durch Umverteilung für Gerechtigkeit sorgen soll, brauchen dazu aber einen bezahlten Beamtenapparat, für den dann auch Räumlichkeiten gebraucht werden. Den Bürgern verbleibt dadurch nur immer weniger.

Unter alledem leiden natürlich auch der von Herrn Oberbürgermeister Pütsch eingebrachte Haushalt 2023 und die Vorhersagen bis 2026.

- Die horrende Verschuldung soll in den kommenden 4 Jahren auf ein Defizit von rund 116 Mio. € anwachsen, die Kreditermächtigung wird mit 45 Mio. € angegeben, die Kredittilgung nur mit rund 13,3 Mio. € und die Summe des Ressourcenverbrauchs soll bei rund 51,6 Mio. € liegen. Wo bleibt da bitte die Generationengerechtigkeit?

- Wir in der AfD sind gegen eine untragbare Schuldenspirale die gegen geltendes Haushaltsrecht verstößt.

Eine Konsolidierung ist nach Ansicht der AfD unverzichtbar. Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass die Jahre 2023 bis 2026 wie das Jahr 2022 schließen, in dem sich das ordentliche Ergebnis von einem Fehlbetrag von rd. 10 Mio. € auf ein positives Ergebnis von rd. 19 Mio. € verbesserte. Der Grund dafür waren Mehreinnahmen von rund 47 Mio. € bei der Gewerbesteuer, rund 0,5 Mio. € bei der Grundsteuer und rund 1 Mio. € beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Die Gewerbesteuer hängt jedoch von den Gewinnen der Gewerbetreibenden ab und es muss ggf. die Gewerbesteuer auch wieder ermäßigt werden, wenn es unseren Gewerbetreibenden erwartungsgemäß schlechter gehen wird.

- Wir sind deshalb gegen die neuen Stellen im Klimaschutz und im Mobilitätsmanagement sowie in der Jugendbeteiligung; dieses mögen wünschenswerte Bereiche sein, aber nicht finanzierbar.
- Aufgrund einer immer größer werdenden Summe der staatlichen Leistungsversprechen und der Standards brauchen wir eine ständig zunehmende Bürokratie und sind nicht mehr in der Lage, unsere Zukunft vernünftig zu gestalten. Die Bundes- und Landespolitik zulasten der Kreise, Städte und Gemeinden zwingt uns dazu, kritisch zu prüfen, welche Investitionen wann notwendig sind und ob und wie wir uns diese überhaupt noch leisten können. Wir müssen unsere Leistungen reduzieren und natürlich auch das Personal.
- Wir von der AfD hinterfragen jedenfalls jede Investition in den angeblichen Klimaschutz danach, was es uns kostet und ob es sich lohnt; bisher haben wir keine befriedigenden Antworten erhalten. Auch deshalb sind wir gegen die Energiewende mit

PV- und Windkraft-Anlagen, die im Übrigen ohne Speichermöglichkeiten keine Alternativen darstellen. Bei Windkraftanlagen werden darüber hinaus der Artenschutz und der Gesundheitsschutz von Menschen weitgehend ignoriert. Letzteres gilt auch für die Tiefengeothermie, die darüber hinaus zu Erdbeben und Grundwasserverschmutzungen führt.

- Teure Elektrokraftfahrzeuge sind übrigens in der Herstellung teurer als Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren und sie brauchen Elektrizität, die durch die Energiewende nicht zuverlässig hergestellt und geliefert werden kann. Im Übrigen ist die Herstellung und Entsorgung der erforderlichen Batterien für diese E-KFZ sowie der Rückbau und die Entsorgung der Windkraftanlagen und Solarzellen mehr als problematisch.

Die im Haushalt 2023 bis 2026 abgebildeten Investitionen sind zu hinterfragen. Wir müssen mit Augenmaß Prioritäten setzen und nur Projekte umsetzen, die absolute Priorität haben und die wir uns auch leisten können.

- Unverzichtbar sind natürlich notwendige Investitionen in die Feuerwehr, in unsere Vereine, in Hochwasserschutzmaßnahmen und in unsere Straßen.
- Zum Wohlbefinden unserer Bürger denken wir zum Beispiel
 - an das tête-à-tête, das auch unseren Gewerbetreibenden nutzt,
 - an das Vocalensemble Rastatt mit seiner Strahlkraft weit über Rastatt hinaus,
 - an das längst fällige Kombibad
 - und andere Annehmlichkeiten,

müssen jedoch immer den Finanzierungsvorbehalt erheben.

- Die Rheinpromenade in Plittersdorf war zum Beispiel nicht von höchster Priorität und es wäre auch preiswerter gegangen.

- Die Neugestaltung des Postplatzes ist nicht erforderlich.
- Bei den Dorfentwicklungskonzepten stellt sich die Frage, ob diese jetzt, wann und in welchem Umfang notwendig und möglich sind. Diese Frage stellt sich auch bei allen Verkehrskonzepten, wobei wir die einseitige Favorisierung von Rad- und Radschnellwegen ablehnen; wir brauchen auch ausreichend Parkmöglichkeiten, weil die Parkplatzsuche einen Großteil des Verkehrs ausmacht.
- Diese Liste könnte fortgesetzt werden.

Bei unseren Pflichtaufgaben, insbesondere bei Kindergärten, Schulen und so weiter stellt sich nicht die Frage nach dem Ob einer Investition, wohl aber nach dem Wie. Dieses umso mehr, als die Mehrheit der Flüchtlinge aus der Ukraine am Ende des Krieges mit Russland wieder in die Ukraine zurückkehren dürften. Demnach sollten die Auslastungen in diesen Bereichen wieder sinken. Die sonstigen Flüchtlinge und Asylsuchenden werden uns jedoch weiter belasten.

Im Ergebnis können wir mit dem vorgelegten Haushalt, der 2023 mit einem Ausgabenüberschuss von rund 14 Mio. € rechnet, nicht einverstanden sein; und ein Ausgabenüberschuss bis 2026 mit rund 116 Mio. € ist schon gar nicht akzeptabel.

Ich bedanke mich für Ihr Zuhören.

Alois Degler

Fraktionsvorsitzender der AfD